

Resolutionsantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Ing. Herbert Rudolph, Dr. Helmuth Günther und Mag. Hilmar Kabas betreffend einheitliches Pensionsrecht für alle Erwerbstätigen, eingebracht zu Post Nr. 4 der Tagesordnung der Sitzung des Wiener Landtages am 26. Juni 2003.

Der österreichische Nationalrat hat nunmehr zur langfristigen Sicherung der auf dem Umlageverfahren beruhenden gesetzlichen Pensionsversicherung umfassende Maßnahmen beschlossen.

Diese Reform des Jahres 2003 setzt fort bei den Maßnahmen, die bereits 1997 und 2000 gesetzt wurden.

Ein wesentlicher Aspekt, einer Reform in Richtung einer langfristigen Sicherung des Pensionssystems ist jedoch die Harmonisierung der verschiedenen Systeme.

Überdies werden im Herbst über die Umsetzung der Reform 2003 im Bereich der Bundes- und Landesbediensteten Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien nachfolgenden

Resolutionsantrag:

Der Wiener Landtag fordert die Frau amtsführende Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal auf, umgehend mit der Personalvertretung Gespräche bezüglich der Umsetzung der Pensionsreform aus dem Jahre 2000 aufzunehmen und dem Landtag umgehend einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorzulegen.

Überdies wird die Frau amtsführende Stadträtin für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal aufgefordert – unabhängig davon, wie sich die Gespräche im Bund und/oder anderen Bundesländern entwickeln – auch die Punkte der Reform 2003 in diesem Gesetzesentwurf zu berücksichtigen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.







